

Daniel Brössler
**Ein deutscher
Kanzler**

*Olaf Scholz,
der Krieg und
die Angst*



Propyläen

Daniel Brössler
Ein deutscher Kanzler



Propyläen wurde 1919 durch die Verlegerfamilie Ullstein als Verlag für hochwertige Editionen gegründet. Der Verlagsname geht zurück auf den monumentalen Torbau zum heiligen Bezirk der Athener Akropolis aus dem 5. Jh. v. Chr. Heute steht der Propyläen Verlag für anspruchsvolle und fundierte Bücher aus Geschichte, Zeitgeschichte, Politik und Kultur.

Daniel Brössler

Ein deutscher Kanzler

*Olaf Scholz,
der Krieg und
die Angst*

Propyläen

Wir verpflichten uns zu Nachhaltigkeit



- Papiere aus nachhaltiger Waldwirtschaft und anderen kontrollierten Quellen
- Druckfarben auf pflanzlicher Basis
- ullstein.de/nachhaltigkeit



Propyläen ist ein Verlag der Ullstein Buchverlage GmbH
www.propylaeen-verlag.de

ISBN 978-3-549-10076-9

© Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2024

Alle Rechte vorbehalten

Wir behalten uns die Nutzung unserer Inhalte
für Text und Data Mining
im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor.

Lektorat: Ulrich Wank

Gesetzt aus der Aldus nova pro

Satz: LVD GmbH, Berlin

Druck und Bindearbeiten: GGP Media GmbH, Pößneck

Für Katja

Inhalt

Vorwort	11
Zu den Quellen	13
ANFÄNGE	15
Der Schüler Scholz wird politisch	18
Marxistische Lehrjahre	25
Ein selbstbewusster Kanzler aus Hamburg	27
Juso-Jahre	31
Im Bonner Hofgarten	34
Der heiße Herbst 1983	37
Ein Besuch in der DDR	43
Die »zweite Phase« der Ostpolitik	47
Olaf Scholz entdeckt die Welt	51
PRAGMATIKER	59
Helmut Schmidt und die Russland-Frage	65
Nach der Annexion der Krim	70
Neue Ostpolitik und altes Denken	80
Rätselhaftes Russland	92
Und doch: Der Wahlkampf hat Erfolg	94
KANZLER	99
Eine Koalition, wie es sie noch nie gab	101
Die Ukraine-Krise nimmt Konturen an	105
Was tun mit Nord Stream 2?	106
Omikron heißt das Problem, nicht Ukraine	115
Putins Vision von Groß-Russland	119

Was will Putin wirklich?	121
Und immer wieder Nord Stream 2	126
Scholz schweigt und schweigt – warum nur?	129
Schulterschluss mit Joe Biden	137
Letzte Versuche	144
Scholz in Kiew ...	146
... und in Moskau	153
Trügerische Ruhe: Der Countdown läuft	158
ZEITENWENDE	165
»Ein Krieg im großen Stil«	168
Eine Situation, wie sie noch keiner erlebt hat	174
Die Zeitenwende wird ausgerufen	180
Die Bundeswehr und der Krieg	192
Es geht darum, Zeit zu gewinnen	194
Energie als Waffe	197
Ein Querschläger von Gerhard Schröder	200
Eine Standpauke für Scholz und die deutsche Politik	203
Gas, immer wieder Gas	206
ZÖGERER	211
Die Ukraine erhöht den Druck	215
Wo ist die rote Linie?	218
Ein Zug und ein Ziel	219
Scholz, Macron und Draghi in Kiew	222
Es kommt darauf an, zusammenzubleiben	226
Putin stellt die Energiewaffe scharf	228

ARMAGEDDON	237
Die nukleare Drohung	240
Was ist mit China?	245
Hilfe von Xi	247
Der Dritte Weltkrieg findet nicht statt	249
NACHRÜSTUNG	253
Panzer für die Ukraine?	256
Schwierige Abstimmung mit den USA	263
Und immer wieder: Krach in der Koalition	271
Selenskyj und Scholz	274
Gerät die Ukraine aus dem Fokus?	278
AM ABGRUND	283
Noch ein Krieg: Der Terrorangriff der Hamas	287
»Deutschland muss kriegstüchtig werden«	292
Stillstand an der Front in der Ukraine	295
Was nicht gesagt werden soll	298
Der Handwerker der Macht wird entzaubert	302
Die Konsequenzen des Haushaltsurteils	304
Deutschland ist keine Insel	308
OLAF SCHOLZ, DER KRIEG UND DIE ANGST DER DEUTSCHEN VOR DER ZUKUNFT	313
DANK	321
LITERATUR	325

Vorwort

Dies ist ein Buch mit offenem Ausgang. Während es geschrieben wurde, starben jeden Tag Menschen im russischen Krieg gegen die Ukraine. Mithilfe von Waffen auch aus Deutschland war das überfallene Land in der Lage, sich zur Wehr zu setzen. Es wurde aber auch zermürbt in einem Stellungskrieg. Während dieses Buch geschrieben wurde, wuchs die Ungewissheit darüber, wie lange sich die Ukraine auf den lebenswichtigen Beistand aus dem Westen noch verlassen kann. In Amerika machte sich Donald Trump daran, das Weiße Haus zurückzuerobern. Der mörderische Überfall der Hamas auf Israel führte zu einem weiteren Krieg und zu noch mehr Unsicherheit in der Welt. Eine deutsche Regierung, die als Koalition des Fortschritts angetreten war, schlug hart in der Wirklichkeit auf und musste um ihr politisches Überleben fürchten.

In diesem Buch wird eine deutsche Geschichte erzählt. Sie beginnt in der alten Bundesrepublik, zu einer Zeit, in der Hunderttausende gegen NATO und Nachrüstung demonstrierten. Einer von ihnen war der Jungsozialist Olaf Scholz. Sie handelt von deutschen Regierungen, die Wladimir Putins Absichten auch dann noch nicht wahrhaben wollten, als er aus ihnen gar kein Geheimnis mehr machte. Olaf Scholz, der Vizekanzler, war einer von denen, die sich etwas einfallen ließen, um die deutsch-russische Pipeline Nord Stream 2 gegen alle Widerstände ans Netz zu bringen. Sie erzählt von dem Mann, der in einem Moment der Wahrheit in der Geschichte Europas, wie es ihn sehr lange nicht gegeben hat, seit nicht einmal drei Monaten Kanzler war. Dies ist ein Buch über Olaf Scholz, den Krieg und die Angst.

Auch seine Vorgängerin und seine Vorgänger mussten Krisen und Umbrüche meistern, aber Olaf Scholz, der siebte Bundeskanzler, ist der erste, der vor dem Bundestag die Zertrümmerung der europäischen Nachkriegsordnung konstatieren muss. Olaf Scholz fällt es nach dem russischen Überfall auf die Ukraine zu, Abschied zu nehmen von über Jahrzehnte gepflegten Illusionen der deutschen Politik. Er muss das Land aus der fatalen Abhängigkeit von russischen Energielieferungen befreien, und er muss sich der gefährlichen Schwäche der Bundeswehr stellen. Dieser Kanzler kündigt an, die Verteidigungsausgaben deutlich zu erhöhen. Zugleich bricht er mit einem bundesrepublikanischen Tabu und liefert Waffen in ein Kriegsgebiet. Olaf Scholz wird der Kanzler der Zeitenwende.

Dieses Buch ist keine Biografie des Zeitenwende-Kanzlers. Es erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es beschreibt Stationen zweier Wege. Den Weg des politischen Menschen Olaf Scholz bis zum 24. Februar 2022, dem Tag des russischen Überfalls auf die Ukraine. Und den Weg des deutschen Kanzlers seit diesem europäischen Schicksalstag. Wie ist aus dem marxistischen Jungsozialisten der Mann geworden, der dem Imperialisten Wladimir Putin die Stirn bieten will? Scholz hat Deutschland zu einem der wichtigsten Unterstützer der Ukraine gemacht, aber er hat auch immer wieder gezögert. Was treibt ihn an, was bremst ihn? Innenpolitisch steht er als Kanzler einer Koalition, die nicht zusammenfinden will, unter permanentem Druck. Findet er dennoch zur notwendigen Stärke, wenn es auf Deutschland ankommt?

Berlin, 1. Februar 2024

Zu den Quellen

Die Schilderungen in diesem Buch speisen sich aus zahlreichen Gesprächen mit Menschen, die Olaf Scholz lange kennen, die zu seinen Beratern gehören und zu seinem engen Umfeld. Mit den meisten von ihnen konnte ich mehrere Male ausführlich sprechen. Das hat mir geholfen, die Entwicklung bis zum russischen Überfall auf die Ukraine und danach nachzuzeichnen. Besonders wichtig waren die Unterhaltungen mit Olaf Scholz selbst. Bei diesen Gesprächen handelte es sich nicht um zur Veröffentlichung bestimmte Interviews, aber sie waren wichtig, um die Motive des Kanzlers und seine Einschätzung der Gefahren durch den russischen Angriffskrieg zu verstehen. Das gilt auch für seinen Blick auf die eigene politische Vergangenheit. Als für das Kanzleramt zuständiger Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung* beobachte ich den Bundeskanzler seit seinem Amtsantritt. Ich habe Olaf Scholz auf zahlreichen Auslandsreisen begleitet, auch auf Reisen nach Kiew, Moskau und Washington. Vieles konnte ich daher aus eigener Anschauung berichten.

Besonders in den Schilderungen der frühen Jahre von Olaf Scholz war ich auf die Erinnerungen von Wegbegleitern aus Juso-Tagen angewiesen und bin dankbar, dass sich mehrere von ihnen die Zeit für Gespräche mit mir genommen haben. Bei seinen Reisen in die DDR hatte die Staatsicherheit ein wachsames Auge auf den Jungsozialisten. Die Akten befinden sich mittlerweile unter dem Dach des Bundesarchivs und konnten von mir eingesehen werden. Hilfreich waren auch das Archiv der sozialen Demokratie in Bonn ebenso wie die online verfügbaren alten Bände der *Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft*. Die benutzte Literatur ist am Ende des Buches aufgeführt.

ANFÄNGE

Jede Geschichte braucht einen Anfang, und manchmal liefert die Suche nach dem richtigen Anfang eine Geschichte für sich. Es ist Sommer 2023, ein heißer Berliner Juli-Tag, Olaf Scholz hat das Sakko abgelegt und es sich bequem gemacht in einem der weißen Ledersessel in der Sitzecke zur Linken seines Schreibtischs. Von hier aus haben Gäste einen schönen Blick auf Berlin und sehen auch ein Stück vom Reichstagsgebäude. Vor allem redet es sich hier entspannter als am Besprechungstisch in der gegenüberliegenden Ecke des geräumigen Kanzlerbüros. Olaf Scholz ist einverstanden, über sich und über den Krieg zu sprechen. 17 Monate zuvor hat Russland die Ukraine überfallen. Seitdem prägt der Krieg Scholz' Kanzlerschaft, das liegt auf der Hand. Aber was hat den Kanzler selbst bis zu diesem Zeitpunkt geprägt? Scholz ist normalerweise kein Erzähler, schon gar nicht der eigenen Geschichte. Besprochen ist ein Annäherungsversuch.

Drüben im Bundestag läuft derweil die letzte Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause, doch von entspannter Ferienstimmung ist dort nichts zu spüren. Die Nerven liegen blank. Zu einer Debatte über das Heizungsgesetz versucht die Union, den abwesenden Wirtschaftsminister Robert Habeck herbeizuzitieren. Später erzwingt sie einen Hammelsprung, um die Beschlussfähigkeit des Parlaments festzustellen. Alle Abgeordneten müssen den Plenarsaal verlassen und werden bei der Rückkehr gezählt. Ein SPD-Abgeordneter gerät darüber so in Rage, dass Bundestagspräsidentin Bärbel Bas ihn mit einem Ordnungsgeld von 1000 Euro belegt.

Den Kanzler bringt das nicht aus der Ruhe. Er spricht weiter darüber, was ihn von früher Jugend an mit der Ostpolitik der SPD und mit Willy Brandt verbindet. Ein Tag fällt ihm ein, der ihm dafür von besonderer Bedeutung zu sein scheint. Da geht die Tür auf. Noch ein Hammelsprung. »Es ist knapp«, sagt die

Sekretärin. Scholz zieht das Sakko an, er muss rüber. Nach einer Viertelstunde kommt er erfolglos zurück. Auch mit der Stimme des Kanzlers war der Bundestag nicht mehr beschlussfähig, zu viele Abgeordnete sind schon auf dem Weg in die Ferien. Scholz hat nun nur noch wenig Zeit. »Wir setzen das fort«, sagt er. Die Suche nach dem Anfang ist immerhin schon mal beendet, der Tag des Anfangs benannt.

Der Schüler Scholz wird politisch

Der 27. April 1972 ist kein Tag für Algebra. Auch die Lehrer am »Gymnasium am Heegen« in Hamburg-Rahlstedt sehen das so. Wie das heute in Bonn ausgehen wird, will schließlich jeder wissen. In der 8. Klasse spürt der Schüler Olaf Scholz eine ungewohnte Anspannung. Noch keine 14 Jahre alt, erlebt er an diesem Tag, wie sich das Kleine mit dem Großen verbindet, Alltag mit Geschichte. Er ist kein Mensch, der sich gerne und ausführlich erinnert. Doch dieser Tag, der über die Ostpolitik Willy Brandts entscheiden wird, ist Olaf Scholz auch Jahrzehnte später noch gegenwärtig.

Er wächst mit seinen zwei jüngeren Brüdern Jens und Ingo am Rande des Hamburger Vororts Rahlstedt auf. Vater Gerhard arbeitet sich vom Handelsvertreter zum Verkaufsleiter und Vertriebsdirektor eines mittelständischen Allgäuer Strumpfherstellers hoch. Auch Mutter Christel arbeitet in der Branche. Beide haben sie den Krieg in Hamburg erlebt. Sie gehören zur Gründergeneration der Bundesrepublik, sind in Trümmern aufgewachsen. Ihre Erinnerung an den Krieg verblasst zunehmend, verschwinden wird sie nie. Gerhard Scholz ist ein »weißer Jahrgang«, der also für die Wehrmacht zu jung

und für die Bundeswehr zu alt war. Eine Uniform musste er niemals tragen. Glühende Verehrer Willy Brandts sind Gerhard und Christel Scholz nicht. Doch beide finden die Ostpolitik richtig. Mit der Mehrheit im Land sind sie der Meinung, dass Willy Brandt den Frieden sichert. Als er im Sommer 1971 nach Moskau reist und später im Dezember vor dem »Denkmal der Helden des Ghettos« in Warschau niederkniet, sitzt Familie Scholz vor dem Fernseher. Sie will, dass die Ostpolitik weitergeht.

Auch im Klassenraum ist das die Mehrheitsmeinung. Über der Tür ist ein Lautsprecher angebracht. Doch heute wartet niemand auf das Zeichen zur großen Pause, heute erfüllt die Anlage einen anderen Zweck. Sie verbindet das Klassenzimmer mit dem Sitzungssaal des Bundestags in Bonn. Um zehn Uhr ertönt ein Rauschen, dann die Stimme von Parlamentspräsident Kai-Uwe von Hassel. Bedeutungsvoll eröffnet er mit Tagesordnungspunkt III die Sitzung des Deutschen Bundestags, »Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU nach Artikel 67 des Grundgesetzes«.

In ganz Deutschland drängen sich zu dieser Zeit in Büros und in Fabrikhallen Menschen vor den Radios. In Kaufhäusern bilden sich Menschentrauben vor den Fernsehgeräten. Sie alle hören, wie Kurt Georg Kiesinger, der Ex-Vorsitzende der CDU und frühere Bundeskanzler, trocken den Antrag seiner Fraktion verliest: »Der Bundestag spricht Bundeskanzler Willy Brandt das Misstrauen aus und wählt als seinen Nachfolger den Abgeordneten Dr. Rainer Barzel zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundespräsident wird ersucht, Bundeskanzler Willy Brandt zu entlassen.« Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik soll ein Kanzler mit dem Mittel eines konstruktiven Misstrauensvotums gestürzt werden.

Seit die Unionsfraktion diesen Antrag Tage zuvor eingebracht hat, herrscht Aufruhr im Land. Vielerorts kommt es zu spontanen Streiks. In Hamburg gründen Siegfried Lenz und Marion Gräfin Dönhoff eine Bürgerinitiative. Für den Tag vor der Abstimmung im Bundestag rufen sie zu einer Kundgebung auf der Moorweide auf. 15.000 Menschen kommen, viele halten die neueste Ausgabe der *Hamburger Morgenpost* in die Höhe, die damals noch der SPD gehört und auf der Titelseite mit der Schlagzeile erscheint: »Willy muss Kanzler bleiben!« Auch Olaf Scholz will das. In Erinnerung bleibt ihm allerdings, dass das Geschehen die Älteren in der Klasse etwas mehr packt als ihn, den Jüngeren. Es ist eine Nebensächlichkeit, aber nicht untypisch für seine Art, sich zu erinnern. Scholz schmückt nicht aus, er spielt runter. Als Bundestagspräsident von Hassel feststellt, »dass der von der Fraktion der CDU/CSU vorgeschlagene Abgeordnete Dr. Barzel die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages nicht erreicht hat«, weicht die Spannung der Erleichterung. Willy bleibt Kanzler. Die ganze Bedeutung dieses Tages, der gescheiterte Sturz des ersten sozialdemokratischen Kanzlers der Bundesrepublik, die Fortsetzung der Regierung Brandts und seiner Ostpolitik, wird Olaf Scholz erst im Rückblick klar werden. Sein Interesse an Politik entwickelt sich langsam. Dafür aber gründlich.

In seiner Schule fällt Olaf vor allem dadurch auf, dass er nicht auffällt. Modisch ist er kein Kind der 70er. Keine langen Haare – noch nicht – und auch keine bunten Hippieklamotten. Olaf Scholz ist eher pummelig und erscheint zum Unterricht stets ordentlich gekleidet. Irgendwann kommt er mit einem Köfferchen zur Schule und wird das beibehalten. Er liest viel und ist in allen Fächern anstrengungslos erfolgreich, außer in Sport. Die anderen wissen: Scholz ist schlau. Aber sie werden nicht schlau aus ihm. Ein Streber ist er nicht, er ist einfach ein

Fall für sich. Das bewahrt ihn vor Hänseleien oder gar Mobbing. Als Zwölftklässler kandidiert Scholz in einem »Kollektiv« als Schulsprecher. Zu fünft zieht das »Kollektiv« durch die Klassen, darf sich am Anfang der Schulstunde zehn Minuten lang vorstellen. Es geht – frei nach Willy Brandt – darum, mehr Demokratie zu wagen auch in der Schule. Es geht um Mitbestimmung und darum, dass der Direktor die Schülerzeitung nicht zensieren soll. Im Kollektiv herrscht Arbeitsteilung. Scholz spricht vor allem bei den Jüngeren, die mögen ihn. Der schlaue Zwölftklässler kommt an.

Sein erstes Wahlkampfthema lautet: Gerechtigkeit. Es ist die Zeit heftiger Auseinandersetzungen in der Bildungspolitik. Das Kollektiv hält die drei Schultypen Hauptschule, Realschule und Gymnasium für veraltet und ungerecht. Scholz ist ein Verfechter der Gesamtschule. In der Unterstufe hat er erlebt, wie Mitschüler aus weniger gut situierten Familien nach und nach verschwanden. Viele von ihnen kennt Scholz aus der Nachbarschaft. Er wohnt in Großlohe, wo die meisten gerade so über die Runden kommen, oft nicht mal das. Die Siedlung liegt am östlichen Rand von Rahlstedt, einem bürgerlichen Villenviertel. Großlohe dagegen ist eine Trabantenstadt – Anfang der 60er-Jahre schnell und lieblos hochgezogen. Nach der Sturmflut von 1962, als Hamburg dringend neuen Wohnraum brauchte, wuchs Großlohe noch schneller. Die Neue Heimat, die Baugesellschaft der Gewerkschaft, setzte ganze Stadtteile auf die grüne Wiese. Siedlungen aus dreigeschossigen Mietshäusern, am Rand garniert mit ein paar Einfamilienhäusern.

»Am Wiesenredder«, in einem geduckten Bungalow aus rotem Klinker mit kleinem Vorgarten, wohnt Familie Scholz. Bescheidener, durchschnittlicher Wohlstand, aber hier sticht er heraus. Dabei ist der Bungalow gleich nebenan noch um

einiges größer und verfügt über den erstaunlichen Luxus eines Swimmingpools. Hier wohnt Wolfgang Vormbrock mit seiner Familie. Der Nachbar ist Direktor bei der Neuen Heimat. Als Jahre später, 1982, bekannt wird, wie sich die Bosse der Neuen Heimat bereichert haben, wird auch sein Name in die Schlagzeilen geraten. Olaf Scholz wächst auf an einer Schnittlinie zwischen Arm und Reich in Hamburg. Diese Schnittlinien beginnen ihn zu interessieren.

Damit steht er nicht allein, schon gar nicht in der Schule. Sie ist wie Großlohe und Rahlstedt-Ost eine Neugründung mit bunt zusammengewürfelter Lehrerschaft, ohne die Traditionsschwere altehrwürdiger Hamburger Gymnasien. Die Lehrer haben das Revolte-Jahr 1968 in frischer Erinnerung. Von einer Lehrerin aus Bayern heißt es, zu Hause habe sie Berufsverbot. Das »Gymnasium am Heegen« ist ein politischer Ort. Schon mit 14 oder 15 bei einer der Jugendorganisationen der Parteien mitzumachen ist nicht ungewöhnlich. In diesem Alter stößt einer der Mitschüler von Scholz, Frank Keil, zu den Jungsozialisten. Er gehört, wie Scholz, zum Kollektiv der Schulsprecher, das später gewählt werden wird. Als auch Scholz mit 17 schließlich bei den Jusos auftaucht, ist Keil, lange Haare und Hippieklamotten, eher überrascht. Äußerlich würde Scholz besser zur Jungen Union passen, findet er. Andererseits: Das Gefühl, Scholz wirklich zu kennen, hatte er ohnehin nie. So geht es vielen.

Die Parteikarriere von Olaf Scholz beginnt mit einem Formular. Kein Genosse überredet ihn, einmal mitzukommen zu einer SPD-Veranstaltung. Er wird auch nicht an einem Wahlkampfstand angeworben. Scholz füllt 1975 einfach einen Mitgliedsantrag aus und schickt ihn ab. Das Papier landet bei Günter Frank, dem Vorsitzenden des Distrikts Rahlstedt, wie die SPD-Ortsvereine in Hamburg genannt werden. Frank ist

selbst noch Jusos, aber für ihn ist Scholz ein Unbekannter. Er bittet zwei Genossen, Scholz das Parteibuch nach Hause zu bringen. So erfahren auch die verdutzten Eltern vom Parteieintritt ihres Sohnes. Noch ein bisschen größer ist die Überraschung der Genossen. Axel Sellmer, einer der beiden und ebenfalls Jusos, hat die übliche Werbeansprache vorbereitet, will den Neuen überreden, sich gleich mal ein bisschen einzubringen. Das erweist sich als überflüssig. Olaf Scholz hat bereits klare Vorstellungen.

Scholz geht es um Rahlstedt. Erst einmal. Der Stadtteil soll endlich ein Jugendzentrum bekommen, in ungenutzten Kellerräumen. Das beunruhigt die Rahlstedter Bürgerschaft. Jugendzentren, noch dazu in Kellerräumen, sind ihr suspekt. Zwar sitzt die gesamte Führungsriege der ersten Generation der RAF 1975 schon in Haft, »doch der Kampf geht weiter«, wie Rudi Dutschke am Grab von Holger Meins versprochen hatte. Jeder Keller ist verdächtig, linksradikalen Umtrieben Unterschlupf zu bieten. Dieser Keller zumal, denn beim Jugendzentrum Rahlstedt mischen auch die Kommunisten von der DKP mit, die »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« und das »Sozialistische Büro«. Gegen viel Widerstand wird das Jugendzentrum »Startloch« schließlich dennoch gegründet, und der Jungsozialist hat etwas gelernt. Der Kampf ist nicht auf der Straße entschieden worden, sondern in langwierigen Sitzungen. Für Scholz kein Problem. Dienstags sitzt er in der »Planungsgruppe Jugendzentrum«, donnerstags bei den Jusos, und zwischendrin tagt gelegentlich der Distrikt.

Eine Zeit lang lesen die Rahlstedter Jusos eine orange-farbene Bibel, die *Marxistische Wirtschaftstheorie* von Ernest Mandel, erschienen in der Edition Suhrkamp. Mandel lehrt zu dieser Zeit in Brüssel, in der Bundesrepublik ist er unerwünscht. Als er 1972 eine Professur an der Freien Universität

Berlin antreten will, verhängt Innenminister Hans-Dietrich Genscher von der FDP ein Einreiseverbot gegen Mandel als einen der Ideengeber der revoltierenden Studenten 1968 in Frankreich. Mandel ist Trotzkiist und als solcher bei den Regierenden in West wie Ost gleichermaßen unbeliebt. Der Lektüre seiner Schriften wohnt der Ruch des Widerständigen inne. Der »Widerspruch zwischen der wachsenden tatsächlichen Vergesellschaftung der Produktion und der privaten, kapitalistischen Form der Aneignung« leuchtet nicht jedem gleich ein, aber Scholz gibt bereitwillig Nachhilfe bei der gemeinsamen Lektüre. Er kann Dinge so erklären, dass Widerspruch zwecklos ist.

1978 nützt ihm diese Fähigkeit in eigener Sache. Das Bundesverfassungsgericht hat gerade die von der sozialliberalen Koalition eingeführte Verweigerung des Wehrdienstes per Postkarte kassiert. Scholz muss nach Harburg, ins Kreiswehrersatzamt in der Sophienstraße. Vor der Kommission, die über seinen Antrag zu befinden hat, legt Scholz los. Zunächst begründet er seine Verweigerung mit den Kriegserfahrungen seiner Eltern. Der Vater hat von einem stundenlangen Fußmarsch mit seiner Mutter vom Land durch die brennende Stadt durch Rothenburgsort zurück nach Altona in die Barnerstraße erzählt. Und davon, wie es ist, nicht zu wissen, ob das eigene Zuhause noch existiert. Scholz führt auch humanistische Überzeugungen an. Er erwähnt am Rande Martin Luther King und erlaubt sich zum Schluss die Bemerkung, er habe alle Bücher von Karl May gelesen. Dessen Helden hätten niemals jemanden getötet, auch wenn in den Romanen viele Menschen ums Leben gekommen seien. Diese Lektüre, argumentiert er munter, habe ihn moralisch sehr geprägt. Scholz' Humor ist so eigenwillig wie er selbst.

Seinen Zivildienst absolviert Scholz erst nach dem Studium

in einem Hamburger Altenpflegeheim. Dort erwirbt er sich bleibende Verdienste, indem er die Buchhaltung auf Vordermann bringt. Ist Scholz Pazifist? Er wird das später verneinen.

Marxistische Lehrjahre

Politisch findet Scholz zum »Hannoveraner Kreis«. Er begegnet Detlev Albers, dem Mann, der 1967 mit seinem Kommilitonen Gert Hinnerk Behlmer während der Rektoratsübergabe an der Hamburger Uni das Plakat »Unter den Talaren – der Muff von 1000 Jahren« entrollt hatte. Albers wird wichtig für Scholz, begleitet ihn auf einem Weg weit nach links. Er ist einer der führenden Köpfe des »Hannoveraner Kreises«, in dem sich seit 1971 die Linken der Linken sammeln. Es sind marxistisch orientierte Jusos, die der Theorie vom »Staatsmonopolistischen Kapitalismus« anhängen, was ihnen das sowjetisch anmutende Akronym »Stamokap« einträgt. In Hamburg verorten sich die meisten Jusos links, Scholz fühlt sich so gesehen im Mainstream. »Cuius regio, eius religio« wird er später sagen. Wer über das Gebiet bestimmt, der bestimmt die Religion.

Der Stamokap-Theorie liegt die Überzeugung einer gesetzmäßigen Verschwörung von Staat und Kapital zugrunde. Demnach muss das Kapital, um profitabel zu bleiben, immer mehr und immer größere Monopole bilden. Weil aber irgendwann selbst das nicht mehr reicht, muss der Staat dem Kapital immer kräftiger unter die Arme greifen, unter anderem auch durch ausufernde Rüstungsausgaben. Er stellt die Bevölkerung ruhig, indem er die Sozialausgaben sichert, greift bei Bedarf aber auch mit Repressionen durch. Daraus folgt: Nur mit einer parlamentarischen Mehrheit ist der geballten Macht aus Ka-

pital und Staat nicht beizukommen. Das kann nur eine geschlossene Front aller Ausgebeuteten. Ganz im Gegensatz zur offiziellen Linie der SPD finden die Stamokaps folglich, dass man durchaus auch mal mit Kommunisten zusammenarbeiten kann.

Der junge Olaf Scholz ist von dieser Theorie überzeugt. Er ist Marxist. »100 Jahre nach dem Tod von Karl Marx muss sich die gesamte Sozialdemokratie seiner Lehre erinnern. Marx ist für die SPD unentbehrlich geworden«, schreibt er im Frühjahr 1983 zusammen mit seinem damaligen Mitstreiter Günter Beling in der *Zeitschrift für Politik und Wirtschaft*, einer Art Stamokap-Zentralorgan. In dem Artikel geht es um die Konsequenzen aus der »Wende« nach dem geglückten Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt und dem Sieg der CDU/CSU bei der Bundestagswahl im März 1983. Die beiden Stamokaps rechnen mit der Regierungszeit von Helmut Schmidt ab. »In keiner Phase der sozialdemokratischen Regierungsverantwortung der letzten zehn Jahre wurde von der SPD an der Entwicklung von Klassenbewusstsein gearbeitet«, klagen sie. Vielmehr habe die »Mehrheitssozialdemokratie« in der Bevölkerung die Illusion geschürt, der Kapitalismus sei reformierbar. Der Begriff »Mehrheitssozialdemokratie« ist allein schon eine Kampfansage, führt er doch zurück in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als sich die SPD spaltete in die »MSPD« und die »USPD«, die Unabhängige SPD, aus der dann die KPD entstand.

Scholz und sein Mitautor halten die Zeit für reif, die SPD auf den linken Pfad der Tugend zurückzuführen. Es geht ihnen um die »Überwindung« des Privateigentums an Produktionsmitteln. Sie hadern damit, dass die SPD spätestens seit dem Godesberger Programm von 1959 in den Parlamenten und nicht »auf der Straße« ihre Heimat gefunden habe. Die kampff-

erfahrene Partei habe es verlernt, »gesellschaftliche Gegenkräfte durch außerparlamentarische Aktivitäten für sich zu mobilisieren«. Die Parteilinke müsse sich, fordern sie, hier klar an die Seite der Friedensbewegung stellen. Das leuchtet nicht nur Stamokaps ein. Auf die Straße bringt viele Menschen in jenen Jahren neben dem Nein zur Atomkraft vor allem ein Thema: die »NATO-Aufrüstung«.

Ein selbstbewusster Kanzler aus Hamburg

Vierzig Jahre später, ein lauer Sommerabend in der hübschen Altstadt von Vilnius. Olaf Scholz hat die Krawatte abgelegt, er kommt vom Abendessen mit Joe Biden und den anderen Staats- und Regierungschefs im Präsidentenpalast der litauischen Hauptstadt. In einem Hinterzimmer des eleganten Hotels Pacai warten Außenministerin Annalena Baerbock und Verteidigungsminister Boris Pistorius auf ihn, Scholz nimmt an ihrer Seite Platz. Das Trio wird zwei Dutzend deutschen Journalistinnen und Journalisten berichten, wie der erste Tag des NATO-Gipfels gelaufen ist. Scholz findet: gut. Er ist bester Laune, berichtet von gelungenen Planungen zur Abschreckung Russlands und erklärt, warum die Ukraine auf absehbare Zeit nicht Mitglied der Allianz werden und doch zufrieden sein könne. Vor allem schildert Scholz, wie einig er sich mit US-Präsident Biden sei. Wieder einmal. Und plötzlich muss er kichern. Kurz, doch unüberhörbar. Sie sind selten, aber es gibt diese Momente, in denen Scholz, der Ältere, sich erheitert an Scholz, den Jungsozialisten, erinnert.

Der war ein scharfer Kritiker der NATO. Er nannte sie »imperialistisch«. Ein ganzes Jahrzehnt lang, die 80er-Jahre hin-

durch, wird er sich an ihr abkämpfen. Am Anfang dieses Kampfes steht eine technisch klingende Formel, der »NATO-Doppelbeschluss«. Hinter dieser Formel verbirgt sich die Einschätzung, dass in den Siebzigerjahren das nukleare Gleichgewicht zwischen beiden Blöcken verloren gegangen sei. Die Sowjetunion hat bei den Interkontinentalraketen mit den USA gleichgezogen, und sie ist in der Lage, mit einer beträchtlichen Anzahl von Mittelstreckenraketen vom Typ S-20 Westeuropa zu bedrohen. Die NATO will »nachrüsten«, um dem Warschauer Pakt in dieser »Grauzone« etwas entgegenzusetzen. So soll die Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa geplant und gleichzeitig das Angebot an die Sowjetunion unterbreitet werden, über diese Waffensysteme zu verhandeln – deswegen »Doppelbeschluss«. Konturen nimmt er im Januar 1979 fern von Europa an, in der Karibik. Am Strand von Guadeloupe, einem französischen Überseedepartement, treffen sich der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt, US-Präsident Jimmy Carter, der französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und der britische Premierminister James Callaghan. In kurzärmeligen Freizeithemden sitzen die Herren umgeben von Palmen in einer Strandhütte um einen runden Tisch. Gesprochen wird Englisch, ohne Dolmetscher. Es ist ein Gipfel, wie er später undenkbar wäre. In ausführlichen Sitzungspausen wird geschnorchelt, gesegelt und Tennis gespielt. Viele Stunden lang sitzen die vier Staatsführer aber auch an ihrem Tisch in der Strandhütte. In einer der langen Sitzungen geht es um die »Grauzone«. Als Einziger an diesem Tisch vertritt der Deutsche Helmut Schmidt keine Atommacht. Der Selbstgewissheit des Kanzlers aus Hamburg tut das keinen Abbruch. Ausführlich bis an die Grenze der Arroganz erklärt er insbesondere Jimmy Carter die Welt. Einer Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland

will Schmidt nur zustimmen, wenn sie auch in weiteren europäischen NATO-Ländern erfolgt.

Damit setzt Schmidt sich durch, der Doppelbeschluss trägt maßgeblich die Handschrift des deutschen Kanzlers. Das Quartett einigt sich darauf, Raketenstationierungen in mehreren NATO-Ländern zu planen. Zugleich aber soll mit der Sowjetunion über ebendiese Stationierung verhandelt werden – vorausgesetzt, sie erklärt sich bereit, auch über ihre Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 zu reden. Eine Arbeitsgruppe der NATO macht schon bald konkrete Vorschläge. In der Bundesrepublik sollen 108 Pershing-II-Raketen und 96 Marschflugkörper vom Typ Cruise-Missile stationiert werden, in Großbritannien 160 Cruise-Missiles, in Italien 112 sowie in Belgien und den Niederlanden je 48. Während diese Raketenplanungen im Bündnis voranschreiten, wartet auf den Kanzler Ärger in der Heimat. Nach anfänglicher Zurückhaltung äußern immer mehr Sozialdemokraten Zweifel an der Nachrüstung. Daran ändert auch Schmidts Verweis auf das damit verbundene Verhandlungsangebot an die Führung in Moskau nichts. Anfang Dezember 1979 wird es ernst für Schmidt. Auf einem Parteitag in Berlin muss sich zeigen, ob die von Willy Brandt geführte SPD mehrheitlich noch hinter dem Kanzler steht.

Schmidt nimmt sich Zeit. Zweieinhalb Stunden lang wirbt er für den Doppelbeschluss, der wenige Tage später in Brüssel verabschiedet werden soll. »Sicherheit für die 1980er Jahre«, prangt als Slogan auf dem Rednerpult. Für »tragfähige Kompromisse« sei er zu haben, stellt Schmidt erst einmal klar, zur »Anpasserei« taue er aber nicht. Die Beschlüsse der NATO seien ohne Alternative, weil Verhandlungen mit der Sowjetunion sonst zu »Bittgängen« würden. Schmidt wird nicht laut während seiner Rede, und er droht auch nicht explizit mit Rück-

tritt. Den Delegierten dämmert dennoch, dass Schmidts Kanzlerschaft vom Raketenbeschluss nicht mehr zu trennen ist.

Einer startet dann trotzdem noch einen Versuch. Es ist Gerhard Schröder, der einzige Sozialdemokrat, der nach Helmut Schmidt und vor Olaf Scholz Bundeskanzler werden wird. Schröder, 1979 35 Jahre alt, ist damals Vorsitzender der Jusos, kein Stamokap wie Scholz, aber ebenso wie er ein Linker. Schröder spricht über die »Selbstachtung« der Sozialdemokratie, die komme »ja nicht, indem man die nur beschwört oder behauptet, sondern die kommt ja wohl nur durch das Vertreten von Inhalten«. Zentral dafür sei die Friedenspolitik. Das Argument, es solle verhandelt werden, lässt Schröder nicht gelten. Den regierenden Sozialdemokraten traue er ja, der Carter-Administration deshalb aber noch lange nicht.

Schröder ist in dieser Hinsicht noch ein Außenseiter. Den Parteitag, den der Juso Olaf Scholz aus der Ferne verfolgt, bringt Schmidt scheinbar mühelos auf seine Seite. 90 Prozent der Delegierten stimmen für einen Antrag, der die Linie des Bundeskanzlers stützt. Aber der innerparteiliche Kampf ist noch nicht entschieden. Wie Schröder misstrauen viele den Absichten der US-Regierung. Die Idee einer Neutronenbombe, die Leben vernichtet, Gebäude und Infrastruktur aber unversehrt lässt, hat in Deutschland für viel Aufregung gesorgt. Carter hat das Vorhaben gerade erst beerdigt. Doch der Verdacht, die USA wollten einen Atomkrieg »führbar« machen, ist immer noch lebendig. In der »Presidential Directive 59«, die dem US-Präsidenten mehr Flexibilität im Falle einer nuklearen Auseinandersetzung verschaffen soll, sehen viele einen Beleg für diese Befürchtung.

Von nun an laufen zwei Entwicklungen parallel, eine vor den Augen der Öffentlichkeit, die andere eher vor Fachpublikum. Für Helmut Schmidt beginnt der Kampf um den Rück-

halt in der SPD, den er am Ende doch verlieren wird. Vor Scholz liegen Jahre eines innerparteilichen Aufstiegs mit Hindernissen. Sein Distrikt Rahlstedt ist zwar ein linker, gehört aber zum Kreisverband Wandsbek. Für Stamokaps herrscht in dem ein raues Klima. Kreisvorsitzender ist Alfons Pawelczyk, ein Major außer Dienst. Jahrzehnte später wird der Name Pawelczyk auftauchen im Skandal um die Cum-Ex-Geschäfte der Warburg Bank – verbunden mit der Frage, welche Rolle Olaf Scholz dabei in seiner Zeit als Hamburger Bürgermeister gespielt hat. Pawelczyk wird dann vorgeworfen werden, sich als Türöffner betätigt zu haben, damit die Banker mit Scholz sprechen konnten. Ausgerechnet.

Anfang der Achtzigerjahre ist Pawelczyk alles andere als ein Freund von Scholz. Der deutsche Ex-Offizier, die Haare streng zurückgekämmt, und der wuschelköpfige Marxist passen nicht zusammen. Seine Laufbahn hat der aus Pommern stammende Pawelczyk als Polizist in West-Berlin begonnen und ist 1956 zur Bundeswehr gewechselt. 1961 tritt er der SPD bei und wird acht Jahre später in den Bundestag gewählt, wo er sich einen Namen als Abrüstungsexperte macht – bis er 1980 Innensenator in Hamburg wird. Über Jahrzehnte bleibt Pawelczyk in der SPD der starke Mann von Wandsbek. Dort steht er buchstäblich vor jeder Tür, durch die ein verdächtiger Linker wie Scholz schlüpfen könnte, um nach oben zu gelangen. In den Kreisvorstand führt für Scholz kein Weg.

Juso-Jahre

Mittlerweile ist Scholz Jurastudent an der Hamburger Uni und gestählt in den berüchtigten Flügelkämpfen der Jusos. Die

ganzen Siebzigerjahre hatten dort »Refos«, »Antirevis« und »Stamokaps« um die Vorherrschaft gekämpft und die Jugendorganisation bis an den Rand der Spaltung gebracht. Das Verhältnis zur SPD-Führung ist miserabel. Häufig geht es in den Auseinandersetzungen um den Umgang mit den Kommunisten im Allgemeinen und der DDR im Besonderen. Scholz ist in diesen für die Außenwelt kaum durchschaubaren theoretischen Schlachten zu Hause. Als Vertreter des Stamokap-Flügels wird er 1982 zum stellvertretenden Vorsitzenden der Jusos gewählt. Er wohnt in einer Wohngemeinschaft in Altona, politisch bleibt er in Rahlstedt verwurzelt. Wenn er im Distrikt zur Sitzung geht, es wieder Mitternacht geworden ist und keine Bahn mehr fährt, bringt ihn der Distriktvorsitzende Günter Frank mit seinem orangefarbenen VW Käfer nach Hause. Während der Fahrt wird weiter diskutiert. Häufig liegt Frank dann erst um zwei Uhr morgens im Bett.

In diesen nächtlichen Gesprächen geht es oft um die Gefahr eines Atomkrieges – das alles beherrschende Thema der frühen 1980er-Jahre. In der Bonner SPD-Zentrale stapeln sich Briefe und Postkarten besorgter Bürger. Auf etlichen steht nur: »Ich habe Angst vor dem Atomtod!« Während einer Diskussionsveranstaltung in der Trinitatis-Kirche in Hamburg-Altona sagt es ein junger Mann Helmut Schmidt direkt ins Gesicht: »Ich habe Angst vor Ihrer Politik.« Er drückt aus, was ganz Deutschland beschäftigt. Im Herbst 1981 bewegt diese Angst Massen. Im Bonner Hofgarten demonstrieren Hunderttausende für ein atomwaffenfreies Europa. Sie fordern den Stopp der geplanten Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles. Der NATO-Doppelbeschluss wühlt die Menschen im Land auf, und er spaltet die SPD. Als die Zahl der innerparteilichen Gegner des Doppelbeschlusses immer weiter wächst, reagiert Schmidt mit Drohungen. Den Stationierungsbe-

schluss will er auf keinen Fall zurücknehmen. »Da mache ich nicht mit, da müsst ihr euch einen anderen Bundeskanzler suchen«, sagt er. In Scholz' Nachbarschaft bildet sich die Initiative »Rahlstedter für den Frieden«, der Ortsausschuss erklärt den Stadtteil zur atomwaffenfreien Zone.

Alfons Pawelczyk hält derweil die Stellung. Im Bundestag ist er immer ein Verfechter der Entspannungspolitik und ebenso der Abrüstung gewesen. Nun teilt er die Befürchtung Schmidts, dass ohne Nachrüstung die Sowjetunion die Oberhand gewinnt. Anfang Januar 1982 bietet sich Pawelczyk eine scheinbar exzellente Gelegenheit, Schmidt den Rücken zu stärken. Der Kanzler hat sich zum Landesparteitag in seiner Heimatstadt angesagt. In seinem Wandsbeker Kreisverband bereitet Pawelczyk einen Antrag vor, der den NATO-Doppelbeschluss unterstützt und für die vollständige Abschaffung von Atomwaffen als Ziel aller Abrüstungsverhandlungen plädiert. Was dann aber tatsächlich im Besenbinderhof unweit des Hauptbahnhofs beschlossen wird, geht als »Wandsbeker Debakel« in die Geschichte der Hamburger SPD ein, so sieht es jedenfalls die Hamburger Presse.

Zu Beginn des Parteitags läuft noch alles nach Plan, Schmidt wird von den Hamburger Genossen mit Ovationen begrüßt. Länger als zwei Stunden referiert er die weltpolitische Lage und erntet wohlwollenden Applaus. In der anschließenden Aussprache regt sich vereinzelter Widerspruch. Auch ein junger Mann im grauen Hemd und einer Brille mit großen eckigen Gläsern tritt ans Rednerpult. Es ist Olaf Scholz. Er fordert, die Stationierung der US-Raketen zu verhindern. »Was bedeutet das, wenn wir hier in der BRD Waffen stationieren mit Vorwarnzeiten von zehn Minuten?«, fragt er und versucht, gleich selbst die Antwort zu geben. »Das bedeutet, dass ein sowjetischer Computerfehler, wie es ihn in den USA schon

häufig gegeben hat ...« Ein sowjetischer Computerfehler in den USA ... – der Satz endet im Gelächter der Delegierten.

Schmidt verlässt den Parteitag im Glauben, zumindest in Hamburg die SPD auf seiner Seite zu wissen. Scholz und andere Linke aber bleiben nicht untätig. Drei Anträge gegen den Doppelbeschluss werden gezählt, das große Signal der Unterstützung scheint gar nicht mehr so sicher zu sein. Die Sitzungsleitung ist alarmiert. So wandern neue Sätze in Pawelczyks ursprünglichen Entwurf. Ein paar nur, aber die haben es in sich. Gefordert wird eine »atomwaffenfreie Zone in Europa« und auch, dass für die Dauer von in Genf laufenden Abrüstungsverhandlungen keine Mittelstreckenraketen stationiert werden.

Als er von den brisanten Formulierungen erfährt, wird der Kanzler »blass vor Wut«. So schildert es ein namentlich nicht genanntes Regierungsmitglied dem *Spiegel*. Später einmal wird Olaf Scholz Schmidt als väterlichen Ratgeber preisen. Am Anfang dieser Beziehung aber steht das »Wandsbeker Debakel«. Innerhalb der SPD gehört der Marxist einer kleinen Minderheit an, doch die erkennt im Kampf gegen die Raketenstationierung eine Chance, bald aufseiten der innerparteilichen, ja vielleicht sogar der gesellschaftlichen Mehrheit zu stehen.

Im Bonner Hofgarten

Am 22. Oktober 1983 kommt Scholz diesem Ziel ein gutes Stück näher. Treffpunkt ist um vier Uhr morgens auf dem Heiligengeistfeld. Auch der Distriktvorsitzende Günter Frank und Axel Sellmer, der Mann, der ihm 1975 das Parteibuch gebracht hat, sind da. Von der Hamburger Festwiese aus starten ge-